



Antrag der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS)  
vom 28. Oktober 2024

**Weisung 77/2024 des Stadtrates: Personalverordnung der Stadt Uster (PVO),  
Totalrevision**

---

Die KÖS beantragt mit 7:2 Stimmen folgende **Änderung von § 8 PVO**:

Niemand darf bei der Anstellung und während der Dauer des Arbeitsverhältnisses diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse **aus rassistischen Gründen, wegen** des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Die KÖS beantragt folgende **redaktionelle Änderung von § 17 Abs. 3 PVO**:

Alle dieser Verordnung unterstehenden Arbeitsverhältnisse, ungeachtet des Beschäftigungsgrades, werden für die Berechnung der Dienstjahre berücksichtigt. Unbezahlte Urlaube, soweit sie insgesamt sechs Monate übersteigen, sowie Verlängerungen des Arbeitsverhältnisses nach § 26 **33** Abs. 6 werden nicht angerechnet.

Die KÖS beantragt folgende **redaktionelle Änderung von § 22 Abs. 3 PVO**:

Erweist sich die Kündigung als missbräuchlich oder sachlich nicht gerechtfertigt und wird der oder die Angestellte nicht wieder eingestellt, so bemisst sich die Entschädigung nach den Bestimmungen des Obligationenrechts über die missbräuchliche Kündigung. Die Ausrichtung einer Abfindung nach ~~§§ 26 und 27~~ **§ 33** bleibt vorbehalten.

Die KÖS beantragt folgende **redaktionelle Änderung von § 30 Abs. 1 lit. a PVO**:

Die Voraussetzungen gemäss § ~~18~~ **22** Abs. 2 sind erfüllt.

Die KÖS beantragt mit 6:3 Stimmen dem Gemeinderat folgende **Änderung von § 33 Abs. 1 PVO**:

Angestellte mit wenigstens fünf Dienstjahren, deren Arbeitsverhältnis auf Veranlassung der Anstellungsbehörde und ohne eigenes Verschulden der Angestellten aufgelöst wird, haben Anspruch auf eine Abfindung, ~~sofern sie mindestens 35-jährig sind. Angestellten mit Unterstützungspflichten kann bei drohender Notlage eine Abfindung bereits vor dieser Altersgrenze ausbezahlt werden.~~

---

Die KÖS beantragt mit 8:1 Stimmen dem Gemeinderat:  
Zustimmung zur geänderten Weisung des Stadtrates.

---

Referent: Matthias Bickel (FDP)

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit  
Präsident Matthias Bickel (FDP)  
Sekretär Daniel Reuter

Behandlung im Gemeinderat: 11. November 2024

---